

Das Finanzkapital und seine Kritiker

(Überarbeitetes und ergänztes Vortragsmanuskript für die gleichnamige Veranstaltung der „Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft“)

Vorbemerkung:

Eigentlich waren es immer die Bürgerlichen, die darauf hinwiesen, dass Wert und Tauschwert sich nicht entsprechen, daher die Arbeitswerttheorie falsch sei. Jetzt haben sich linke Ökonomiekritiker – oft auch noch unter Berufung auf Marx - da eingeklinkt und argumentieren ähnlich, ausgehend von Erscheinungen, die die Aussagekraft der Arbeitswerttheorie infrage stellen.

Nur: Marx selbst ist nie von einer Entsprechung von Wertgröße und Tauschwerten ausgegangen, sondern von den Abweichungen zwischen Wert und Tauschwert. Was er zeigen wollte war, wie in der Bewegung der Konkurrenz eine solche Entsprechung hergestellt wird auf der Basis des Wertes ... und dies auch immer nur für den Moment. Der Wert sei in der allgemeinen Warenproduktion die rationelle Grundlage für Gleichgewicht in der Ökonomie. Dieses Gleichgewicht kann aber in der allgemeinen Konkurrenz nur durch Krisen, gewaltsam für den Moment hergestellt werden. Danach geht es gleich wieder los mit der Diskrepanz zwischen dem Wert und seinen Geldausdrücken des verselbständigten Tauschwertes. Weil man sich vom Wertgesetz verabschiedet hat, ist eigentlich nur noch die Kritik am Tauschwert geblieben und man konstatiert erstaunt dessen Größe und reitet auf der Verselbständigung herum.

Der Anspruch von Marx war es, auf Basis seiner Arbeitswerttheorie die Erscheinungen der Konkurrenz zu erklären und zu zeigen, wie das Wertgesetz sich durchsetzt. Es war ihm klar, dass sich in dieser Konkurrenz alles verkehrt darstellt und er wollte auch den Nachweis erbringen, dass das so ist. Heute ist es in der Linken – auch in ihren radikalen Varianten - zur Mode geworden, nicht mehr von Wert und Mehrwert auszugehen, sondern von den Erscheinungen des „Finanzmarktkapitalismus“, die sich nicht mehr mit Wert und Mehrwert deckten oder zu erklären wären. Das endet dann darin, dass

- vom „Ende des Wertgesetzes“ gesprochen wird,
- man sich gar nicht damit beschäftigen müsse, ob der Mehrwert zu einer Schranke für die Gewinnansprüche des Finanzkapitals wird, weil diese Gewinnansprüche eh nicht aus dem Mehrwert zu realisieren seien.
- andere heben hervor, dass es neuerdings „Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation“ gäbe. Die gab es aber auch schon zu Marx Lebzeiten und er nannte dieses Kapital „fiktiv“, den Wert solchen Kapitals „illusorisch“. Das soll jetzt anders sein. Usw.

Heute wird schon der von Marx durch Abstraktion gewonnene Wertbegriff häufig selbst in Frage gestellt – etwa durch die monetäre Werttheorie von Michael Heinrich – oder uminterpretiert, wie etwa durch den „Gegenstandspunkt“. Die Diskussion darüber, was der Wert ist im Unterschied zu seinen Erscheinungen, zeigt häufig den Bruch mit der Kritik der politischen Ökonomie.

Um zeigen zu können, wie der Wert sich gegenüber seinen Geldausdrücken, also in der Wertform des Geldes, Geltung verschafft, muss man sich selbstverständlich mit diesen Erscheinungen bzw. ihrer Entwicklung beschäftigen, also mit Empirie. Und – daran kann kein Zweifel bestehen - , diese Erscheinungen haben sich seit dem 19. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht geändert. Es gibt enorme Veränderungen in der Produktion, dem Handel und auch da, wo heute vom Finanzsektor gesprochen wird. (Dazu werde ich morgen beim Seminar noch ein paar Ausführungen machen.)

In der modernen Ökonomiekritik liegt aber der Focus eindeutig auf Finanzkapital und Finanzmarkt. Dort hätten die entscheidenden Veränderungen stattgefunden, die es rechtfertigen, eben von einer neuen Art von Kapitalismus oder von einer neuen Art der Kapitalakkumulation zu sprechen. Diese Veränderungen hätten dazu geführt, dass das Finanzkapital, der Finanzmarkt alles beherrscht. Finanzkapital und Finanzmarkt hätten sich alles untergeordnet und setzten die Maßstäbe für Kapitalrentabilität, verlangten steigende Ausbeutung etc.

War bei Marx das sogenannte Finanzwesen der Mehrwertproduktion des industriellen Kapitals untergeordnet, so erscheint es seinen heutigen Kritikern als Herr über diese Mehrwertproduktion und bestimme dessen Gestaltungen, (also technische Zusammensetzung des Kapitals, Arbeitsproduktivität und Arbeitsbedingungen) und auch die Resultate (also die Rendite).

Die Frage, ob Finanzkapital und Finanzmarkt Produktion und Handel beherrschen, ob die Beziehungen zwischen ihnen wesentlich durch Macht gekennzeichnet sind, oder durch wechselseitige Abhängigkeiten, in denen sich das Wertgesetz zu erkennen gibt und durchsetzt, z.B. als Schranke für Größe und Herrlichkeit des Finanzkapitals und des Finanzmarktes, ist nicht kurz und bündig zu beantworten. Und schon gar nicht in einem solch kurzen Vortrag, wie ich ihn jetzt halte.

Ich werde also weder ausführlicher den Wertbegriff selbst diskutieren, noch kann ich hier die Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung vorstellen. Ich werde mich im folgenden darauf beschränken, anhand von ein paar empirischen Befunden – den Nettofinanzierungsüberschuss von Aktienkapital der nichtfinanziellen Wirtschaft und an Hand der Rentabilitätmesslatten von Profitrate und Zinsrate - die Macht von Finanzkapital und Finanzmarkt zu hinterfragen. Am Schluss folgen dann noch ein paar Anmerkungen zu politischen Lösungsversprechen; wie manche Kritiker von Finanzkapital und Finanzmarkt Überakkumulation und allgemeinen Anlagenotstand in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern überwinden wollen. Das Ganze politische Projekt soll dann Grundlage für eine entscheidende Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von LohnarbeiterInnen sein.

I. „Nettofinanzierungsüberschüsse“ der „nichtfinanziellen“ Aktiengesellschaften

Ich beginne mal empirisch mit den „Nettofinanzierungsüberschüssen“ des „nichtfinanziellen“ Aktienkapitals.

2014 hat die Generalkommission Wirtschaft und Finanzen bei der EU-Kommission eine Untersuchung unter dem Titel „Macroökonomische Ungleichgewichte – Deutschland

2014“ vorgelegt. Darin stellt man einen seit 2002 zu beobachtenden „*Nettofinanzierungsüberschuss der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften*“ - **nicht nur für Deutschland**- fest.

Nettofinanzierungsüberschuss ist der Gewinn nach Abzug von Steuern, Dividenden, Zinsen und nach Investitionen

Die EU-Kommission wundert sich und sucht nach Erklärungen.

*„Es bleibt verwunderlich, dass die Unternehmen lieber einen Nettofinanzierungsüberschuss in Kauf genommen haben, anstatt mehr zu investieren oder mehr Gewinne auszuschütten. Das könnte als ein Zeichen von Ineffizienz gesehen werden. Üblicherweise sind nichtfinanzielle Unternehmen Nettoschuldner, und obwohl der Wandel der deutschen nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zu Nettokreditgebern **im internationalen Vergleich keine Besonderheit ist**, bleibt die Stabilität dieser Nettoüberschüsse, **die sich seit 2002 in den meisten Jahren wiederholten**, bemerkenswert. Dass die Aufstockung der Rücklagen anscheinend nicht auf den Wunsch nach einer Finanzierung höherer Anlageinvestitionen zurückzuführen ist, macht die wiederholte Einbehaltung wachsender Gewinne unter Verzicht auf Ausschüttungen an die Aktionäre nur noch unverständlicher.“*

Es wird also wenig investiert und auch nicht an das Finanzkapital ausgeschüttet, das in der Form von Aktien diese Unternehmen besitzt.

In der gängigen linken Kapitalismuskritik, die sich an der Herrschaft des Finanzkapitals abarbeitet, wundert man sich nicht. Aber nicht, weil man diesen Nettofinanzierungsüberschuss in der „Realwirtschaft“ entsprechend analysiert hätte, sondern weil man ihn nicht zur Kenntnis nimmt.

Immer das gleiche Lied von der Herrschaft oder Dominanz des Finanzkapitals. Ja warum zwingen die Aktionäre die Unternehmen denn nicht zur Ausschüttung, wenn sie so mächtig sind? Wie sollen Banken ihre behauptete Macht über die sogenannte „Realwirtschaft“ auf Basis des Kredits ausüben, wenn die Unternehmen selbst sich von Nettoschuldnern zu Nettokreditgebern entwickelt haben?

Der „Gegenstandspunkt“ zum Beispiel schreibt ganz unberührt von solchen Tatsachen: *„Die kapitalistische Realwirtschaft und das ganze Produzieren und Konsumieren der Gesellschaft, das daran (an den Geschäften des Finanzkapitals, R. S.) hängt, ist Mittel der Selbst-Verwertung des Finanzkapitals – und das keineswegs nur in der beschränkten Perspektive der Finanzmagnaten selbst, sondern **objektiv**: Die Banken, die darüber entscheiden, welche Firma Kredit bekommt und daher über die nötigen Waffen der Konkurrenz verfügt, welche aber nicht, wessen Schulden prolongiert werden, welcher säumige Schuldner dagegen Konkurs anmelden muss, sind **die wirtschaftlichen Machtzentren, die den Gang des Kapitalismus bestimmen.**“ (aus: „Wenn die Banken krachen, ...Was der Kollaps des Finanzsystems über den Reichtum der kapitalistischen Nation lehrt“)*

Also weil Banken über Kreditvergaben entscheiden, bestimmen sie den Gang des Kapitalismus. Dann kann es damit in Anbetracht dieses Wandels von Nettokreditnehmern

zu Kreditgebern jetzt nicht so weit her sein; auch dann nicht, wenn in den USA schon lange hinzu kommt, dass sich die Unternehmen zu fast 70% über Aktien und Anleihen finanzieren und nicht über Bankkredite.

Beim „Gegenstandspunkt“ geht man aber noch weiter, wenn in einem Jourfix-Protokoll aus München über „Arbeit und Reichtum“ nachzulesen ist:

„... alles, was sich das Kapital so hinstellt an Produktionsanlagen, Maschinenparks, Bürotürmen etc.“ ist „Leistung des Kredits“.

Dass alle Produktivität als eine Produktivität des Kapitals erscheint, darin sah Marx den Kapitalfetisch. Hier wird das nochmals auf die Spitze getrieben, indem diese Produktivität als eine „Leistung des Kredits“ bezeichnet wird. Mehr Vulgärökonomie geht kaum noch. Man vermag nicht mehr zu unterscheiden, was als Leistung des Kredits erscheint und was seine Leistung ist. Was das Kapital sich so hinstellt und auch das, was es an Waren verkauft, ist und bleibt eine Leistung der produktiven Arbeit. Die Leistung des Kredits beschränkt sich darauf, dass alles zusammengebracht werden kann, was zu diesem produktiven Prozess nötig ist, was nötig ist ihn in Gang zu setzen. Was er leistet ist der Kauf, nicht „das Hinstellen“.

FinanzkapitalkritikerInnen müssten sich eigentlich ähnlich wundern, wie die EU-Kommission. Man versteht es aber im Gegensatz zur EU-Kommission solche Verwunderung gar nicht erst aufkommen zu lassen, geschweige denn, sie auszusprechen. Um solche Verwunderung zu vermeiden, weil man ja alles geklärt hat, nimmt man solche empirischen Daten erst gar nicht wahr. Man ignoriert sie glatt. Macht und Herrschaft des Finanzkapitals über dieses „nichtfinanzielle Kapital“ hätten zweifellos dazu geführt, dass der Nettofinanzierungsüberschuss ausgeschüttet worden wäre. Tatsächlich treten diese Unternehmen selbst immer stärker als Finanzkapital auf den Markt, um außer Profit auch Zinseinnahmen zu erzielen. BMW etwa macht 30% seines Umsatzes inzwischen mit Finanzgeschäften.

Mich wundert dieser „Nettofinanzierungsüberschuss“ der „nichtfinanziellen“ Kapitalgesellschaften dagegen gar nicht. Und es wundert mich auch nicht, dass das ein Treibsatz für das Finanzkapital oder die „Finanzialisierung“ ist ... mit wiederum entsprechend unbeabsichtigten Konsequenzen für das Finanzkapital selbst.

Erst entstand der „Anlagenotstand“ des industriellen Kapitals der entwickelten kapitalistischen Länder als Produkt einer überzyklisch sinkenden Profitrate, dann der des Finanzkapitals, wegen des Andrangs von Anlage suchendem Geldkapital auf dem Finanzmarkt. Dass sich dieser Andrang zunächst in beeindruckendem Wachstum des Finanzkapitals und entsprechenden Profiten niederschlug, kann dabei ebenfalls nicht verwundern.

Wir haben es jetzt in den hochentwickelten Ländern mit einem allgemeinen

„Anlagenotstand“ zu tun, der nur noch gemildert wird durch die Entwicklung des industriellen Kapitals in China und einigen anderen Ländern der „Peripherie“, die für Nachfrage nach leihbarem Geldkapital sorgt. Der anhaltende Überfluss an verleihbarem Geldkapital macht sich aber periodisch – ob als Teil einer allgemeinen Wirtschaftskrise oder als besondere Krise des akkumulierten Geldes - in der Form der „Finanzkrise“ bemerkbar und er führt – solange dieser Überfluss nicht beseitigt ist – auch zu sinkender und schließlich auf niedrigem Niveau verharrender Zinsrate. Bewusst und mit Macht herbeigeführt hat diesen allgemeinen Anlagenotstand von Kapital niemand.

II. Profitrate und Zinsrate.

Das Streben nach möglichst großer Rentabilität ist das Kennzeichen für das Kapital ganz allgemein, also in allen seinen Formen. Das zu einem besonderen Streben von Finanzkapital zu machen, ist eine der besonders fragwürdigen Leistungen der Kritik am Finanzkapital.

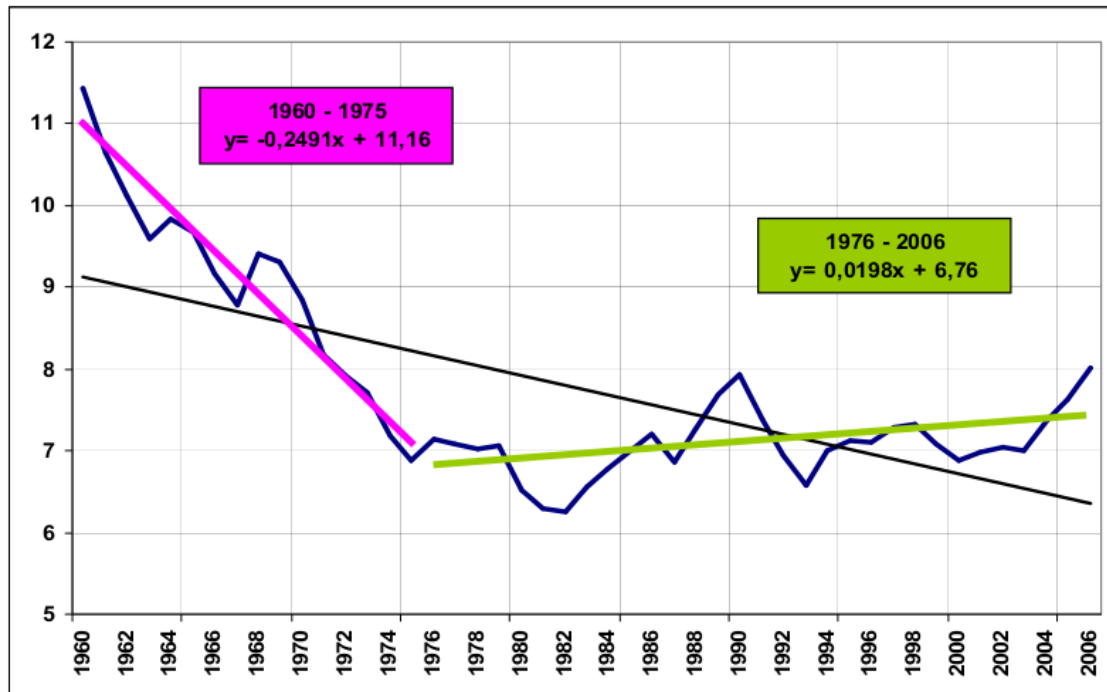
Maßstab für die Rentabilität von Kapital sind in der sogenannten „Realwirtschaft“ die Profitrate – in welcher Form man die auch zu berechnen versucht - und auf dem Finanzmarkt die Zinsrate.

Wenn man feststellen kann, dass Profitrate und Zinsrate sinken, oder sich bereits im Keller befinden, dann drückt sich darin zweifellos ein Scheitern dieses Strebens nach möglichst großer Rentabilität aus, dann ist da offensichtlich eine Kraft im Spiel, die der Ausübung von Macht und Herrschaft Grenzen setzt.

Es existieren von verschiedenen Autoren und Einrichtungen Berechnungen von Profitrate und realer Zinsrate und es gibt obendrein den Leitzins der Notenbanken.

Linke Kapitalkritiker machen sich die Mühe, die Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals für verschiedene Nationalökonomien zu berechnen, heute leider oft in der Absicht der Politikberatung und durch eine abenteuerliche Kombination von Marx und Keynes.

Abb. 1: Profitrate der Bundesrepublik Deutschland in Prozent, 1960-2006



Quelle: Ameco-Datenbank, eigene Berechnung und Darstellung

Die meisten dieser Berechnungen drücken aus, dass die Profitraten der Realwirtschaft der hochentwickelten kapitalistischen Länder über mehrere Zyklen, also über Jahrzehnte gesunken sind und sich heute auf niedrigem Niveau bewegen. Sie sind gerade gesunken in den Zeiten der stürmischen Akkumulation von Kapital.

Kontinuierlich gesunken sind seit Ende der 1980iger Jahre auch die Realzinsen, die heute auf dem Finanzmarkt erzielt werden. Das Highlight dieser Entwicklung sind sicher die Strafzinsen, die etwa die EZB erhebt oder die Minuszinsen, die bei einem Kauf von Bundesanleihen fällig werden.

Mit Profitrate und Zinsrate verhält es sich also ganz ähnlich wie etwa mit der Wachstumsrate des BIP. Man erklärt Jahr aus Jahr ein steigendes Wachstum zum Ziel und es fällt von Zyklus zu Zyklus schwächer aus. Auch darin drückt sich nicht Macht und Herrschaft aus, sondern Ohnmacht und Unbeherrschbarkeit. Es kommt letztlich immer das gerade Gegenteil von dem heraus, was man will.

Macht und Herrschaft des Kapitals ganz allgemein drückt sich vor allem aus in der Macht und Herrschaft gegenüber den LohnarbeiterInnen und deren Ohnmacht. Sie drückt sich nicht aus in Beherrschung des Reproduktionsprozesses von Kapital, in welcher Form auch immer. Mehr noch, sie drückt sich immer weniger aus in Erreichung der proklamierten Ziele von steigender Rentabilität und mehr Wachstum, also vom Zweck der kapitalistischen Wirtschaft.

Was die durchschnittlichen Profitraten in der Realwirtschaft anbetrifft, so ist sowieso klar,

dass niemand sie festlegt. Sie ergibt sich aus und in der Konkurrenz, bildet sich auf dem Markt. Sofern die einzelnen Kapitale, auch die großen, Ziele in ihren sogenannten Margen bestimmen, orientieren sich die vor allem an den jeweils in ihrem Markt üblichen Margen. Definieren sie höhere Ziele, dann bezieht sich das höher stets auf diese üblichen. Was jedoch daraus wird, das steht allemal in den Sternen und hängt vom tatsächlichen Markterfolg ab. Niemand hat die Macht, diese durchschnittlichen Profitraten festzusetzen, auch nicht das angeblich Monopolkapital. Monopolistische Praxis wirkt immer nur auf der Basis dieser in der Konkurrenz gebildeten Durchschnittswerte.

Mit der Zinsrate verhält sich das etwas anders. Durch den Leitzins, den die Notenbanken festsetzen und zu denen die Geschäftsbanken bei ihnen Kredit aufnehmen, üben sie durch Macht zur Festsetzung Einfluss aus auf die Realzinsen. Aber auch die Notenbanken bestimmen nicht darüber, ob es einen Überfluss oder Mangel an verleihbarem Geldkapital gibt ... und letztlich entscheidet der über die Zinsrate.

Prokla und die „Re-Regulierung der Weltwirtschaft“

Im Editorial zur Nr. 118 vom März 2000 wird allen ernstes gefragt: *„Ist der entfesselte Weltmarkt noch zu bändigen?“*

und dann heißt es weiter:

„Die ... Konsequenz zu hoher Realzinsen besteht in der Behinderung oder gar Unterdrückung der Investitionstätigkeit in Produktivvermögen.“

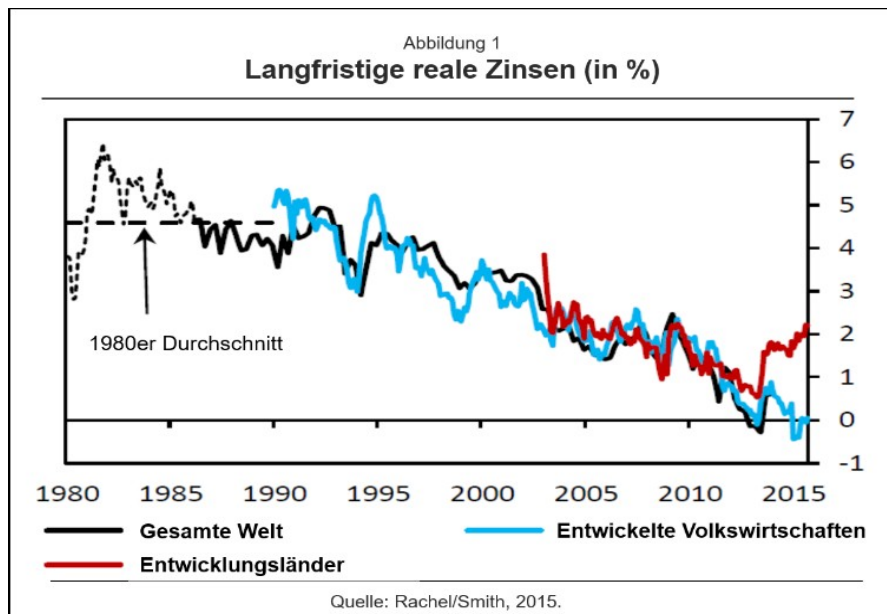
(Editorial PROKLA 118 „Ist der entfesselte Weltmarkt noch zu bändigen?“)

Wenn das Zinsniveau insgesamt sinken würde, wird in Aussicht gestellt, dass *„langfristige Anlagen in der Realwirtschaft möglicherweise wieder rentabler“* (ebenda) werden.

Wie schrecklich: *„Unterdrückung der Investitionstätigkeit! Um so schöner die Aussichten, wenn das Zinsniveau sinkt!*

Man kann vergeblich darauf warten, dass mal eine Nummer kommt, in der man die eigenen Irrtümer mal thematisiert.

Titel übrigens Nr. von Prokla übrigens *„Re-Regulierung der Weltwirtschaft“*! Darum also geht es!



Die Möglichkeiten für „langfristige Anlage in der Realwirtschaft“ wieder rentabler zu machen, sind also gegeben. Das müsste doch nur so brummen! Tatsächlich aber besteht offensichtlich eine Überakkumulation des industriellen Kapitals, die durch billiges Geld nicht beseitigt wird. Tatsächlich sind große Industrieunternehmen von Nettoschuldnern zu Nettokreditnehmern geworden und drängen trotz der niedrigen Zinsen selbst in die „Finanzanlage“, weil sie um noch größeren Verlust fürchten, wenn sie investieren, weil sie selbst zurecht skeptisch sind in Bezug auf die Möglichkeit, den Markt zu erweitern.

Die Entscheidungen der Notenbanken verleihen dem Überfluss an verleihbarem Geldkapital Ausdruck und können diesen sogar noch verstärken durch folgende Politik des billigen Geldes, oder sie können dem widersprechen und versuchen diesem Überfluss entgegenzuwirken, was ebenfalls unerwünschte „Nebenwirkungen“ hätte. Aber sie können eins nicht: diesen Überfluss aus der Welt schaffen, weil sie ihn nicht erzeugt haben. Sie können die Akkumulation von wirklichem Kapital, die produktive Investition durch billiges Geld nicht erzwingen. Das zeigt sich momentan sehr eindrücklich. Der „Anlagenotstand“ für Geld, das als Kapital fungieren soll, ist heute allgemein. Das zeigt sich bei der sogenannten „Realwirtschaft“ in niedriger Investitionsquote und das zeigt sich im Finanzmarkt in der Akzeptanz von Strafzinsen einerseits und andererseits in immer mehr Bereitschaft zu Spekulation und hoch risikoreichen Investitionen.

Ergänzung:

Was drückt das Industriekapital? - Zinsen für Bankkredite, „Shareholder-Value“-Konzepte oder seine hohe organische Zusammensetzung

Je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals, je größer der Anteil des fixen konstanten Kapitals, desto bedeutender für die Profitrate des Industriekapitals wird die „Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals“. Dazu schreibt Marx:

„Es kommt hinzu, daß, wie die Produktion im großen sich zuerst in der kapitalistischen Form entwickelt, so **die Profitwut** einerseits, die Konkurrenz andererseits, die zu möglichst wohlfeiler Produktion der Waren zwingt, diese **Ökonomie in Anwendung des konstanten Kapitals als der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlich, und daher als Funktion des Kapitalisten erscheinen läßt.**

Wie die kapitalistische Produktionsweise auf der einen Seite zur Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit, treibt sie auf der andern zur Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals.

Es bleibt jedoch nicht bei der Entfremdung und Gleichgültigkeit zwischen dem Arbeiter, dem Träger der lebendigen Arbeit hier, und der ökonomischen, d. h. rationellen und sparsamen Anwendung seiner Arbeitsbedingungen dort. **Ihrer widersprechenden, gegensätzlichen Natur nach geht die kapitalistische Produktionsweise dazu fort, die Verschwendung am Leben und der Gesundheit des Arbeiters, die Herabdrückung seiner Existenzbedingungen selbst zur Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals zu zählen, und damit zu Mitteln zur Erhöhung der Profitrate.**

Da der Arbeiter den größten Teil seines Lebens im Produktionsprozeß zubringt, so sind die Bedingungen des Produktionsprozesses zum großen Teil Bedingungen seines aktiven Lebensprozesses, seine Lebensbedingungen, und **die Ökonomie in diesen Lebensbedingungen ist eine Methode, die Profitrate zu erhöhen; ganz wie wir früher schon sahen, daß die Überarbeitung, die Verwandlung des Arbeiters in ein Arbeitsvieh, eine Methode ist, die Selbstverwertung des Kapitals, die Produktion des Mehrwerts zu beschleunigen.** Diese Ökonomie erstreckt sich auf Überfüllung enger, ungesunder Räume mit Arbeitern, was auf kapitalistisch Ersparung an Baulichkeiten heißt; Zusammendrängung gefährlicher Maschinerie in denselben Räumen und Versäumnis von Schutzmitteln gegen die Gefahr; Unterlassung von Vorsichtsmaßregeln in Produktionsprozessen, die ihrer Natur nach gesundheitswidrig oder wie in Bergwerken mit Gefahr verbunden sind usw. Gar nicht zu sprechen von der Abwesenheit aller Anstalten, um dem Arbeiter den Produktionsprozeß zu vermenschlichen, angenehm oder nur erträglich zu machen. Es würde dies vom kapitalistischen Standpunkt eine ganz zweck- und sinnlose Verschwendung sein. Die kapitalistische Produktion ist überhaupt, bei aller Knauserei, durchaus verschwenderisch mit dem Menschenmaterial, ganz wie sie andererseits, dank der Methode der Verteilung ihrer Produkte durch den Handel und ihrer Manier der Konkurrenz, sehr verschwenderisch mit den materiellen Mitteln umgeht und auf der einen Seite für die Gesellschaft verliert, was sie auf der andern für den einzelnen Kapitalisten gewinnt.“ MEW Bd. 25, S. 96, 97

„Der Drang zur Reduktion des Kostpreises auf sein Minimum wird“ nicht nur „der stärkste Hebel der Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit“, (MEW Bd. 25, S. 888) sondern ist auch Ausdruck dieser „Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals“ und des Strebens nach Steigerung der Profitrate.

Von alldem liest man aber in der modernen Kritik am Finanzkapital und Finanzmarktkapitalismus fast gar nichts. Da meint man vielmehr, das Finanzkapital setze vor allem den Industriekapital die Maßstäbe seiner Verwertung und Rentabilität. Dem Industriekapital würde sozusagen von außen all das aufgenötigt, was Marx hier so treffend beschrieben hat ... ohne das Finanzkapital auch nur zu erwähnen.

III. Politische Lösungsversprechen

Manche Leute meinen auch, die Dominanz und Herrschaft von Finanzmarkt und Finanzkapital seien eine bloße Folge falscher, also neoliberaler Politik. Man könne quasi politisch wählen zwischen sogenannten Akkumulationsmodellen. Zur Wahl stünden ein eher „fordistisches Akkumulationsmodell“ und eben das neoliberale. Das scheinbar zeitlose „fordistische Akkumulationsmodell“ steht dann für „gute Arbeit“, so Gewerkschafter und Linkskeynesianer. Auf deutsch: so beschissen die Arbeit am Fließband auch ist, es gab in Zeiten der Herrschaft des Modells vergleichsweise hohe Löhne, also war nach dieser Logik auch die Arbeit gut..

Dass Leute die Dreistigkeit besitzen eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder überhaupt praktizierten Sozialreformismus in Verbindung mit dem Namen Henry Ford zu bringen, dass ist schon eine Nummer für sich. Der stand nämlich nicht nur für Antisemitismus sondern auch für brutalste Unterdrückung jedes gewerkschaftlichen Widerstands. Man zieht das mal eben einfach zusammen – bis zum Extrem gesteigerte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch Veränderungen in der Produktionsweise und den gewerkschaftlichen und politischen Widerstand dagegen - zu einem Modell für Kapitalakkumulation, dass man auch noch wählen kann. Tatsächlich hatte dieses sogenannte Modell ganz besondere Voraussetzungen und Bedingungen, auf die ich nicht näher eingehen will. Aber klar ist auch eins, als die Bedingungen und Voraussetzungen verschwanden, verschwand auch das Modell. Was sich darin ausdrückte, war der Konflikt zwischen der Verwertung von Wert und den bestehenden Rahmenbedingungen dafür. Eine Beibehaltung des „fordistischen Akkumulationsmodells“ stand nicht wirklich zur Wahl. Die Rahmenbedingungen mussten geändert werden, um den Spielraum für die Verwertung von Wert zu vergrößern.

Mit der Politik und den jeweils vorherrschenden wirtschaftstheoretischen Dogmen ist es ja so:

Keynesianismus war eine Reaktion auf die praktische Widerlegung des Liberalismus in der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929 und der Neoliberalismus ist eine Reaktion auf die praktische Widerlegung des Keynesianismus in der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 und der danach sich fortsetzenden „Wachstumsschwäche“.

Beides sind Varianten bürgerlicher Theorie und Politik, die für sich in Anspruch nehmen, Lösungen zu bieten, die jeweils eine funktionierende Kapitalakkumulation wieder herstellen oder eine schwächelnde Kapitalakkumulation wieder flotter machen sollen. LohnarbeiterInnen werden jeweils darauf verwiesen, dass es auch ihnen wieder besser gehen soll, wenn erstmal die Kapitalakkumulation wieder fluppt. Die aber durchkreuzt beide Versprechen auf Wachstum, Vollbeschäftigung und soziale Wohlfahrt. Will sagen: Entgegen aller Verheißungen auf ständiges Wachstum des Kapitals, Vollbeschäftigung und allgemeine Wohlfahrt, zeigt die praktische Kapitalakkumulation – von besonderen Situationen abgesehen - ganz andere Resultate: die Tendenz zu sinkendem oder gar keinem Wachstum, daher wachsende bzw. große Lohnarbeitslosigkeit und eine wachsende Spaltung zwischen arm und reich.

Es ist jedoch ganz erstaunlich zu welchen Ergebnissen und praktischen Vorschlägen man kommt. Schon vor Jahren wollten die Autoren Joachin Bischoff und Christoph Menard von der Zeitschrift „Sozialismus“ erkannt haben, dass heute ein anderer Umgang mit Ware und Geld möglich sei.

Jetzt schreiben Thomas Sablowski und Alexander Demirovic:

„Zur Kapitalvernichtung gibt es keine Alternative. Diese kann in Prozessen der Zerstörung ganzer Volkswirtschaften, einzelner Unternehmen oder Schuldentitel stattfinden, in einem Prozeß der schleichenden Inflation oder aber in einem demokratisch organisierten Prozess, in dem über Eigentumsansprüche kollektiv nachgedacht und entschieden wird, um sie gezielt zu annullieren oder zu bestätigen. Dies kann in der Schließung von Industriebetrieben oder Banken bestehen, in der Einführung von Zwangsanleihen oder in der Überführung von Privateigentum in öffentliches Eigentum. Auf eine demokratisch organisierte Annullierung von Eigentumstiteln und Vernichtung von (fiktivem) Kapital zielt unter anderem die Kampagne für ein Schuldenaudit in Europa.“

Die Menschen sollen also in demokratischer Abstimmung über den Umfang von Kapitalentwertung und -vernichtung entscheiden. Damit wird verlangt oder vorgeschlagen, das die Mehrheit der Lohnabhängigen auch darüber entscheidet, wer konkret lohnarbeitslos wird und wer nicht. Das macht mich eigentlich nur noch sprachlos! Für einen Schuldenschnitt einzutreten oder daraus ein allgemeines demokratisches Programm machen zu wollen, indem Lohnabhängige darüber entscheiden, wieviel Kapitalvernichtung es denn sein soll und darf, das ist schon zweierlei.

Lucas Zeise, ein anderer Kritiker des Finanzkapitals und Anhänger der Stamokap-Theorie hatte in einem Artikel aus dem Jahr 2009 immerhin erkannt, dass die Herrschaft des Finanzkapitals durch die Krise „angeknackst“ sei. Die Krise bezeichnet er darin abwechselnd als Überproduktionskrise, Überakkumulationskrise und zum Schluss Unterkonsumtionskrise. Und wenn er da angelangt ist, dann bietet er auch gleich eine „progressive“ Lösung der Krise an.

„Ein progressiver Weg aus der Krise ist ... konzeptionell einfach: Es geht darum, mit großen, international koordinierten Konjunkturprogrammen und entsprechend expansiver Staatsverschuldung den Einbruch der effektiven Nachfrage weltweit zu stoppen oder zumindest zu bremsen. Es muss zweitens der Einstieg durch mehr Gleichheit geprägte Einkommensverteilung gefunden werden. Nur mit steigenden Realeinkommen der breiten Massen kann die Überakkumulation gebremst und das Auseinanderklaffen von Konsum und Produktion gemildert werden. Schließlich braucht der Kapitalismus Fesseln für den Finanzsektor. Die Unterwerfung der Politik unter das Regime der Finanzmärkte muss umgekehrt werden. Ein solcher Weg aus der Krise ist nur dann durchzusetzen, wenn der Protest gegen die alte Politik erheblich zunimmt. Da die Herrschaft des Monopolkapitals an einer Stelle gelockert oder

angeknackst ist, gibt es auch Chancen, diesen Riss, diese Lockerung auszuweiten und einen progressiven Weg aus der Krise zu finden.“

Dieser Artikel ist erschienen in [Z. Nr. 78](#), Juni 2009

<http://zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/522.die-herrschaft-des-finanzkapitals-ist-angeknackst.html>

Was der Kapitalismus braucht – nämlich Fesseln, um die Überakkumulation zu bremsen - und was man dafür tun muss, darum geht es also. Was der Kapitalismus braucht, dass weiß aber allemal das Kapital am besten. Was der Kapitalismus braucht, sollte nicht die Frage von LohnarbeiterInnen sein, wenn es um ihre Interessen geht.

Der kapitalistische Ausweg aus der Krise sei dagegen – so Lucas Zeise - nicht so einfach.

„Staats- und Banklenker sind erklärtermaßen bemüht, die herrlichen neoliberalen Zustände von vor der Krise wieder herzustellen. Sie setzen dazu die Mittel des Staates, vor allem seine Verschuldungsfähigkeit sehr freizügig ein. Man kann auch sagen, sie sind bemüht, einen reaktionären Ausweg aus der Krise zu suchen. Das ist nicht einfach. Der Weg zurück in die Wirkungsweise des neoliberalen, finanzmarktdominierten Systems ist nicht ohne Weiteres möglich. Weder kann auf Sicht eine neue Spekulationsblase aufgepumpt werden, noch bietet sich Ersatz für die früher muntere, aber jetzt schlaffe Nachfrage der sich verschuldenden US-Konsumenten an.“

Was die „schlaffe Nachfrage der sich verschuldenden US-Konsumenten“ anbetrifft, so hat sich seit 2009 schon einiges getan; durch eine ähnliche Kreditvergabe Praxis für den Autokauf, wie vor nicht langer Zeit für den Häuserkauf (Subprime-Kredite).

„Ähnlich wie seinerseits die Immobilienkredite ist in den USA in den letzten Jahren auch die Zahl der Autokredite explosionsartig gestiegen.

Autokredite verdoppelt

Der Agentur Bloomberg zufolge hat sich das Volumen der vergebenen Autokredite in den letzten fünf Jahren zwischen 2010 und Dezember 2015 auf etwa eine Billion Dollar verdoppelt. Entsprechend seien die mit Autokrediten gefüllten Verbriefungen ([Asset Backed Securities](#)) um 45 Prozent auf 170 Milliarden Dollar gestiegen. Laut der Ratingagentur Standard & Poor's sind jedoch immer mehr Fahrer mit Autos unterwegs, die sie sich eigentlich nicht leisten können.“

<http://boerse.ard.de/anlagestrategie/branchen/zu-viele-us-autokredite100.html>, 23.02.2016

Das scheint jedenfalls nicht zu schwer und zu kompliziert gewesen zu sein.

Was überhaupt grundsätzlich an dieser reaktionären Konzeption komplizierter sein soll, als an seiner progressiven, ist kaum einzusehen. Er bedient sich eines sehr plumpen Tricks, in dem er im einen Fall die praktische Umsetzbarkeit infrage stellt, im anderen Fall auch nicht die Spur eines Zweifels aufkommen lässt. Einmal wird die Einfachheit der

Konzeption in den Vordergrund gestellt, das andere Mal die Kompliziertheit der praktischen Umsetzung.

Was das alles mit „marxistischer Erneuerung“ - so der Untertitel der Zeitschrift Z – zu tun haben soll, ist mir schleierhaft. Da ist auch jede Erinnerung an die marxsche Kapitalkritik ausgelöscht. ...

Ergänzung: Brötchen für die Spekulanten

Lucas Zeise schreibt in dem besagten Artikel auch:

„Bemerkenswert ist zudem, dass die eigentlich nur fiktiven Gewinne der Spekulanten in der Aufwärtsphase reale ökonomische Wirkungen haben. Denn das zusätzliche Geld in den Taschen der Spekulanten führt dazu, dass sie nicht nur ihre Spekulationseinsätze erhöhen, sondern es führt auch dazu, dass sie mehr andere Waren kaufen, beispielsweise Brötchen, Porsches, Luxusreisen oder teure Villen. Im Ergebnis werden die Bäcker, Autoproduzenten, Reiseveranstalter, Makler und Baufirmen ihr Angebot bzw. ihre Produktion erhöhen. Aus einem fiktiven Reichtum der Makler wird also ein höchst reales Plus in der wirklichen Ökonomie. Somit erklärt sich auch, dass steigende Preise an Spekulationsmärkten, zum Beispiel am Aktienmarkt, durchaus wohlwollend, wenn nicht sogar begeistert kommentiert werden. Leider gilt der Zusammenhang der Spekulation mit der realen Wirtschaft auch in der Abwärtsphase. Die sinkende effektive Nachfrage der ärmer werdenden Spekulanten hemmt Absatz und Produktion.“

Beim Lesen dieser Zeilen habe ich mich wirklich gefragt, ob das jetzt als Glosse gemeint ist. Sollten die armen Spekulanten wirklich auch mehr Brötchen kaufen, wenn sie zusätzliches Geld in den Taschen haben??? Haben die ohne Spekulationsgewinne Mangel an Grundnahrungsmitteln??

Als echter Nationalökonom sorgt sich Lucas Zeise um die „effektive Nachfrage“, die „leider“ Schaden nimmt, wenn die Spekulanten auf Grund von Verlusten „in der Abwärtsphase“ der Wirtschaft zum Beispiel weniger Brötchen kaufen. Muss man das noch ernst nehmen???

Und damit bin ich auch schon durch und ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

Ich habe mich um Kürze bemüht und hoffe auf eine vermutlich kontroverse Diskussion in der Sache, also die Frage nach der Macht von Finanzkapital und Finanzmarkt und den verbreiteten politischen Vorschlägen zu deren Überwindung.

Robert Schlosser, Juli 2016